

Welche Chance hat Kooperation in der europäischen Rohstoffpolitik?

Wernert, Yann

Universität Potsdam, apl. Professur für Internationale und Vergleichende Politikwissenschaft

Betreuer: Prof. Dr. Raimund Krämer

Abstract

Rohstoffpolitik betrifft uns alle, ist im Alltag aber selten wirklich sichtbar. Die Präsentation gibt einen Überblick über die wichtigsten Fragen in diesem Bereich. Wie wichtig sind Rohstoffe für Deutschland und andere europäische Staaten? Funktioniert der Rohstoffhandel? Welche Probleme treten dabei auf, und wie kann man sie lösen? Im Mittelpunkt der Dissertation stehen die Chancen und Risiken internationaler Kooperation in der Rohstoffpolitik. Die wichtigsten Staaten in diesem Bereich, u.a. die USA und China, verfolgen sehr unterschiedliche politische Ansätze. Es ist damit unwahrscheinlich, dass man sich in naher Zukunft auf globaler Ebene auf einheitliche Regeln einigen und diese durchsetzen kann.

Deswegen lohnt es sich, einen Blick auf Europa zu werfen. Hier könnten Lösungswege im kleineren Rahmen entstehen. Europäische Länder haben einzeln viel weniger Macht im Rohstoffhandel und sind deswegen eigentlich auf Kooperation angewiesen – unter einander, aber auch mit rohstoffexportierenden Staaten. Wenn es hier also nicht mit gemeinsamen Regeln funktionieren sollte, wo sonst? Zwei Fallbeispiele werden untersucht: Deutschland und Frankreich. Diese zwei Länder sind in der Vergangenheit jeweils eigene rohstoffpolitische Wege gegangen, verfolgen aber ähnliche Interessen. Welche Bereitschaft zur internationalen Kooperation sie mitbringen und wo die Grenzen der Zusammenarbeit sind, soll die Dissertation erforschen.

Strukturwandel im Bevölkerungsschutz: Wie Regierungsorganisationen auf Krisen und Katastrophen reagieren

Lena Schulze-Gabrechten

Die Bewältigung von Krisen wie Fluten, langanhaltenden Stromausfällen und großen Chemie-Unfällen als zeitkritische, (Zuständigkeits)grenz(en)überschreitende und komplexe Problemlagen ist für das deutsche System des Bevölkerungsschutzes im Idealfall Routine. Katastrophen - im Sinne von Krisen, die nicht zufriedenstellend antizipiert und/oder bewältigt wurden - hingegen können dazu führen, dass die Routinen hinterfragt und geändert werden. So wird die europäische „Jahrhundertflut“ im Sommer 2002 als Zäsur bisheriger Politik und Praxis im Bevölkerungsschutz gezählt, sie führte zur von Bund und Ländern gemeinsam verabschiedeten, aber nicht rechtsverbindlichen „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung“. Während die strukturellen Änderungen auf Bundesebene, wie beispielsweise die Gründung eines neuen *Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe* im Jahr 2004, Teil der „Neuen Strategie“ sind, sind die rechtlichen, programmatischen und strukturellen Änderungen auf Länderebene davon zu einem großen Teil unabhängig. Katastrophenschutz ist verfassungsrechtlich weiterhin Ländersache und so liegt sowohl die Legislative als auch die exekutive Organisationshoheit auf der föderalen Ebene.

In einem Teil meines Dissertationsprojekts, welches ich in diesem Vortrag vorstellen möchte, untersuche ich den strukturellen Wandel aller 16 Landesinnenbehörden in ihrer Reaktion auf die Flutkatastrophe von 2002. Diese für den Katastrophenschutz zentral zuständigen Organisationen werden dabei aus einer organisationstheoretischen Perspektive betrachtet. Bei einer Bestandsaufnahme des strukturellen Wandels fällt auf, dass trotz ihrer Zugehörigkeit zum selben organisationalen Feld mit einer geteilten institutionellen Umwelt einige Behörden mit einer Umbenennung und Umstrukturierung ihrer Binnenorganisation im Sinne der „Neuen Strategie“ reagierten, während andere keinerlei Veränderung erfahren haben. Die untersuchungs- und vortragsleitende Frage lautet: Warum reagieren einige Organisationen auf den vermeintlich selben externen Druck anders als andere Organisationen im selben Feld? Dabei ist auf den ersten Blick vor allem erklärungsbedürftig, dass die direkte Betroffenheit des Landes von der Flutkatastrophe weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für eine strukturelle Anpassung im Sinne der „Neuen Strategie“ darstellt. Mit der ‚Qualitative Comparative Analysis‘ (QCA) als vergleichendem Untersuchungsdesign und Analyse-methode, die Kombinationen von Bedingungen und äquifinale Erklärungsfaktoren zulässt, werden neben der landesspezifischen Betroffenheit (Routine oder Katastrophe?) auch die jeweilige politisch-historische ‚legacy‘, der Einfluss parteipolitisch motivierter Akteure und organisationale Kapazitäten für strukturellen Wandel in den Blick genommen.

„Krisenmanagement im öffentlichen Sektor“

Valeria Haasis

Oft wird Verwaltungsorganisationen eine hohe Stabilität und wenig Veränderungsfähigkeit zugeschrieben. Sich schnell wandelnde Anforderungen an die Verwaltung nehmen jedoch zu und erhöhen den Druck auf diese, flexibler reagieren zu müssen. Im Dissertationsvorhaben soll anhand der sogenannten Flüchtlingskrise untersucht werden, wie Verwaltungsorganisationen mit sich in Art und Umfang schnell verändernden Aufgaben umgehen. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, inwiefern es sich hierbei tatsächlich um Krisenmanagement handelt. In einem zweiten Schritt sollen mögliche Unterschiede in den Handlungsweisen der Organisationen identifiziert und nach Erklärungsansätzen geforscht werden, um daraus im letzten Schritt möglicherweise Anhaltspunkte zu erkennen, wie die Flexibilität im Umgang mit einer sich rasch wandelnden Umwelt erhöht werden kann.

Big Data knows best? Datengetriebene Verwaltung zwischen Big Brother und rationalistischem Mythos

Basanta Thapa, DFG Graduiertenkolleg „Wicked Problems, Contested Administrations“, Uni Potsdam
thapa@uni-potsdam.de

Big Data, die Erhebung und Auswertung gigantischer Datenmengen, gilt als eine der wichtigsten technischen Innovationen für die öffentliche Verwaltung der letzten Jahrzehnte (Pollitt 2014). Indem bestehende Datensätze der Verwaltung miteinander und mit externen Datenquellen verknüpft und intelligenter ausgewertet werden, soll die Verwaltung effizienter wirtschaften, Dienstleistungen hochgranular auf einzelne Bürger zuschneiden, und durch datenbasierte Extrapolationen und Simulationen besser informierte strategische Entscheidungen treffen können. Diese euphorischen Erwartungen, die vor allem von Beratungsunternehmen und Technologieanbietern verbreitet werden, konstruieren Big Data als einen rationalen Mythos. Rationale Mythen bezeichnen dabei soziale Praktiken, deren Wirksamkeit (z.B. Effizienzsteigerung) in einem organisationalen Feld allgemein anerkannt ist und deshalb im Einzelfall nicht untermauert oder geprüft werden muss (Meyer & Rowan 1977). Dass Entscheidungen, die auf Big-Data-Analysen fußen, besser sind als auf dem Erfahrungswissen der Verwaltung basierende, ist besonders eingängig, da es grundlegende Meta-Narrative der Moderne bedient. Positivismus und Rationalismus sind Motive, die spätestens seit dem Zeitalter der Aufklärung positiv besetzt sind und auf die Big Data als rationaler Mythos anknüpfen kann. Da Big Data in der öffentlichen Verwaltung, zunehmend unter der Überschrift „data-driven governance“ verhandelt, somit an sogenannte „rationalistische Politikverständnisse“ (Torgerson 1986; Stone 1988) anknüpft, bezeichne ich es auch als „rationalistischen Mythos“. Aus einer diskursanalytischen und insbesondere wissenspolitischen Perspektive ist dabei insbesondere spannend, wie Big Data somit als überlegene Wissensquelle und „production of truth“ (Rabinow 1984) für politische Entscheidungen konstruiert wird.

Die wesentliche Kritik an Big Data in der öffentlichen Verwaltung und Gegendiskurs zum technikeuphorischen Narrativ, der „Big Brother“-Vorwurf, der sich aus der Datenschutz- und Surveillance-Debatte speist, greift diesen rationalistischen Mythos nicht an, sondern stützt ihn vielmehr. Denn Kritikpunkte sind nicht, ob Big-Data-Analysen wirklich bessere Entscheidungen hervorbringen, sondern welche Daten in diese Analysen einfließen sollten und wozu diese Analysen verwandt werden sollen. Die Chimäre des qua Big Data furchterregend effizienten Überwachungsstaats nährt somit den rationalistischen Mythos von Big Data.

Mein Dissertationsprojekt nimmt daher die diskursive Konstruktion von Big Data in der Verwaltung in den Blick, um die Bedeutung von Narrativen wie Big Data als „rationalistischem Mythos“ bei der Institutionalisierung soziotechnischer Praktiken zu beleuchten (Bevir 2006; Zietsma & McKnight 2009).

Bevir, M., 2006. How Narratives Explain. In D. Yanow & P. Schwartz-Shea, eds. *Interpretation and Method: Empirical Research and the Interpretative Turn*. Armonk & London: M.E. Sharpe, pp. 281–290. Available at: <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&db=poh&AN=24658318&site=ehost-live>.

Meyer, J.W. & Rowan, B., 1977. Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony. *American Journal of Sociology*, 83(2), p.340.

Pollitt, C., 2014. *Future Trends in European Public Administration and Management: an Outside-in Perspective*, COCOPS - Coordinating for Cohesion in the Public Sector of the Future.

Rabinow, P., 1984. *Foucault Reader*, London: Penguin.

Stone, D.A., 1988. *Policy paradox and political reason*, Harlow: Longman.

Torgerson, D., 1986. Between knowledge and politics: Three faces of policy analysis. *Policy Sciences*, 19, pp.33–59.

Zietsma, C. & McKnight, B., 2009. Building the iron cage: institutional creation work in the context of competing proto-institutions. In T. B. Lawrence, R. Suddaby, & B. Leca, eds. *Institutional work: Actors and agency in institutional studies of organizations*. pp. 143–177.

Der ökonomische Zusammenhang zwischen der EU, Migranten und der Uckermark

Peter Schmidt

**Universität Potsdam
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät**

**Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Internationale
Wirtschaftsbeziehungen**

Prof. Dr. Malcolm H. Dunn

Abstract

Die Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der Bürger in den 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) sind sehr verschieden. Seit der Gründung der EU mit den Römischen Verträgen im Jahre 1957 betreibt sie deshalb eine Regionalpolitik, die zum Ziel hat diese Bedingungen zu verbessern und zu harmonisieren. Das Hauptinstrument mit dem dieses Ziel erreicht werden soll, sind die sog. Strukturfonds. Dazu gehören der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Kohäsionsfonds (EKF). Diese drei Fonds haben in der aktuellen Planungsperiode der Regionalpolitik von 2014-2020 ein Gesamtbudget von 352.000.000.000€. Dies entspricht 32,5% des Gesamtbudgets der EU von 1.082.000.000.000€ für diesen Zeitraum. Vergleicht man den Europäischen Binnenmarkt mit dem Binnenmarkt der USA fallen drei Dinge auf. Erstens sind die Disparitäten in den Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der US-Bürger zwischen den einzelnen Bundesstaaten der USA wesentlich geringer als die zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Zweitens spielt Regionalpolitik in den USA eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Drittens ist festzustellen, dass die US-Bürger wesentlich mobiler sind als EU-Bürger. Sie wechseln ihren Wohnort, weil sich dieser bspw. in einer ökonomisch schlechten Lage befindet, wesentlich häufiger innerhalb des US-Binnenmarktes als dies EU-Bürger tun. Aus diesem empirischen Befund ergibt sich aus ökonomischer Sicht die Fragestellung, ob es einen Zusammenhang zwischen den großen Ungleichheiten in den Lebens- und Beschäftigungsbedingungen innerhalb des EU-Binnenmarktes, der geringen Binnenmobilität der EU-Bürger und der Regionalpolitik der EU gibt. Ein Teil meiner kumulativen Dissertation widmet sich also der Frage, ob ökonomisch vergleichsweise rückständige europäische Regionen, wie bspw. die Uckermark im Bundesland Brandenburg, durch die Strukturfonds der EU in ihrem ökonomischen Konvergenz- bzw. Aufholprozess behindert werden, weil die Regionalpolitik der EU konvergenzfördernde Migration von EU-Bürgern behindert. Im Rahmen einer Paneldatenanalyse für 27 EU Staaten für den Zeitraum 1985-2013 zeigt sich, dass die vorgenannte Hypothese nicht bestätigt werden kann. Im Vergleich zu bisherigen empirischen Untersuchungen ergibt sich, dass die Strukturfonds der EU (konvergenzfördernde) Migration nicht behindern, sondern sogar fördern. Mögliche Konsequenzen dieses Ergebnisses für die weitere Forschung werden diskutiert.